

## Pressemitteilung

Das kommunalpolitische forum Land Brandenburg stellte in seiner Veranstaltung

„Hartz IV und die Auswirkungen auf die Kommunen“

am Samstag den 24. September in Potsdam fest, selten hat ein Bundesgesetz solch umfassende Auswirkungen auf das Leben in den Kommunen, wie Hartz IV. Neben den finanziellen Belastungen, die alle Prognosen vor Jahresfrist in zweistelliger Millionenhöhe überschritten haben, sind auch die sozialpolitischen, bildungspolitischen, kulturellen und infrastrukturellen Auswirkungen nicht mehr zu übersehen und treiben die Kommunen an den Rand der eigenständigen Handlungsfähigkeit. Der soziale Frieden in den Kommunen ist dauerhaft gefährdet.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer fordern von der Landesregierung Brandenburg:

1. Die Landesregierung muss die Kommunen im Land Brandenburg finanziell unterstützen und nicht, wie beschlossen 50 Millionen Euro den Gemeinden über das Finanzausgleichsgesetz entziehen.
2. Die Landesregierung muss für eine verstärkte Zusammenarbeit der Ministerien für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie sowie Bildung, Jugend und Sport sorgen, hinsichtlich der Gewährleistung der Teilnahme sozial schwacher Kinder und Jugendlicher an Schule und Ausbildung. Dies kann durch interministerielle Fördermechanismen insbesondere bei der Ausstattung notwendiger Schul- und Ausbildungsmaterialien und der Sicherung der Fahrkosten erfolgen.
3. Die Landesregierung möge stärker ministeriumsübergreifend die Entwicklung regionaler Wirtschafts- und Sozialkreisläufe unterstützen.
4. Die Landesregierung muss ihren Einfluß geltend machen, um schnellstmöglich ein Qualifizierungsprogramm für Fallmanager und die Träger für Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung durchzusetzen.

Abschließend waren sich alle Beteiligten einig, dass der Grundsatz des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ auch mit der Agenda 2010 und insbesondere den Hartzgesetzen nicht außer Kraft zu setzen ist.

Margitta Mächtig

Vorsitzende

24-09-2005